

Telefon: 233-30131
Telefax: 233-30120

**Referat für Arbeit
und Wirtschaft**
Referatsgeschäftsleitung
Haushalts- und Rechnungswesen

**Bekanntgabe zu Finanzierungsbeschlüssen
des Referates für Arbeit und Wirtschaft
nach dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12462

Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 16.10.2018
Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht
zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	Information des Stadtrates über die Umsetzung von geplanten Beschlussvorlagen des RAW nach dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019.
Inhalt	In der Bekanntgabe wird der Sachstand der Umsetzung der vom RAW geplanten öffentlichen Finanzierungsbeschlüsse für den Haushalt 2019 dargestellt.
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Finanzierungsbeschlüsse RAW Haushalt 2019
Ortsangabe	-/-

**Bekanntgabe zu Finanzierungsbeschlüssen
des Referates für Arbeit und Wirtschaft
nach dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12462

**Vorblatt zur Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am
16.10.2018**

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	1
1.1 Ausgangslage	1
1.2 Budgetentwicklung Referat für Arbeit und Wirtschaft für 2019	1
1.3 Einzahlungen	1
1.4 Auszahlungen (konsumtiv)	2
1.5 Budgetausweitungen zus. mit dem Eckdatenbeschluss VV am 25.07.18	3
1.6 Budgetausweitungen durch geplante Beschlüsse im AfAW am 16.10.18	3
1.7 Budgetausweitungen durch geplante Beschlüsse im AfAW/PlaR am 16.10.18	8
1.8 Budgetausweitungen durch geplante Beschlüsse in der VV am 24.10.18	8
1.9 Neue eilige Finanzierungsbeschlüsse, die nicht im Eckdatenbeschluss erfasst waren	8
1.10 Verschobene Beschlussfassung	9
II. Bekannt gegeben	10

**Bekanntgabe zu Finanzierungsbeschlüssen
des Referates für Arbeit und Wirtschaft
nach dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12462

1 Anlage

**Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am
16.10.2018**

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft informiert den Stadtrat in dieser Bekanntgabe über die Umsetzung von geplanten öffentlichen Beschlussvorlagen und die Einhaltung des genehmigten Budgetrahmens nach dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019.

Die Inhalte der geplanten nichtöffentlichen Beschlussvorlagen nach dem Eckdatenbeschluss 2019 können Sie der Vorlage Nr. 14-20/V 12996 entnehmen.

1.1. Ausgangslage

Mit dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 wurde ein gesamtstädtischer Finanzrahmen für die Haushaltsausweitungen mit noch geplanten Finanzierungsbeschlüssen beschlossen (VV vom 25.07.2018; Nr. 14-20/V 11494).

Die Vorgabe für das Referat für Arbeit und Wirtschaft belief sich auf 2,5 VZÄ bei Stellenmehrungen (0,5 VZÄ Entfristung und 2 VZÄ Stellen mit Refinanzierung durch die EU). Als konsumtive Auszahlungssteigerung für den Haushalt 2019 wurde ohne Personalkosten ein Betrag von 9.486.600 € genehmigt (vgl. Anlage).

1.2. Budgetentwicklung Referat für Arbeit und Wirtschaft für 2019

(vgl. Eckdatenbeschluss S. 23)

1.3. Einzahlungen

Ausgehend vom Planbudget 2018 wurden zahlungswirksame Veränderungen von -6.568 Tsd. € für den Haushalt 2019 zur Modellrechnung angemeldet.

Die Veränderungen beruhen auf Anpassungen bei zweckgebundenen Projekten

(z.B. EU-Projekte, Messen, Tourismusfonds, etc.) und auf Anpassungen an die Wirtschaftspläne bei Beteiligungsgesellschaften (z.B. für Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH, Darlehenszinsen Messe München GmbH, Pacht Olympiapark München GmbH).

Aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Detailplanung 2019 und in der Umsetzung von im Juni 2018 gefassten Finanzierungsbeschlüssen erhöhten sich die Ansätze für die Einzahlungen um +1.821 Tsd. €. Es wurden zweckgebundene Einzahlungen von Bundesförderungsmitteln für das Projekt Digitalisierung, Einzahlungen aus der Erhöhung der Umsatzpacht für den Gebührenrechner Oktoberfest und aus den online-Verkäufen der Auffahrten zum Rathausturm umgesetzt.

Aufgrund geplanter Beschlussvorlagen nach dem Eckdatenbeschluss für 2019 wird mit weiteren Erhöhungen von +166 Tsd. € geplant, da durch die Schaffung von dauerhaften Stellenhüllen für die Durchführung von EU-Projekten eine 100 %ige Refinanzierung vorliegt.

1.4. Auszahlungen (konsumtiv)

Für die Auszahlungen wurde ausgehend vom Ansatz 2018 eine Erhöhung von 342 Tsd. € inkl. Personalkosten für die Modellrechnung 2019 geltend gemacht.

Bei den geprüften Veränderungen handelt es sich überwiegend um Budgetkorrekturen aufgrund von Laufzeitanpassungen bei zweckgebundenen Projekten, Korrektur RIT-Budget für die städt. IT, Anpassung bei EU-Projekten und Messen. Darüber hinaus kam es zu Anpassungen von Zuschüssen an Beteiligungsgesellschaften z.B. bei Olympiapark München GmbH, Gasteig München GmbH, Internationale Mü. Filmwochen GmbH, Münchner Toiletten GmbH und Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH aufgrund von genehmigten Stadtratsbeschlüssen und Wirtschaftsplänen an den aktuellen Mittelbedarf.

Auch führte die Umsetzung von bereits genehmigten Stadtratsbeschlüssen im Juni/Juli 2018 und Anpassungen bei Personalkosten und Bauunterhalt (-235 Tsd. €) zu Budgeterhöhungen von 12.528 Tsd. € in der Detailplanung 2019.

Es handelt sich im einzelnen um die nachstehenden Beschlüsse:

- Bundesprojekt Handlungsfeld Digitalisierung +500 Tsd. € zweckgebunden (anteilige Einnahmen vorhanden; BV Nr. 14-20/V11357)
- Online-Verkäufe Auffahrten Rathausturm +300 Tsd. € zweckgebunden (Einnahmen vorhanden; BV Nr. 14-20/V 03194)
- Unterstützung des Trachten- und Schützenzuges +148 Tsd. € (BV Nr. 14-20/V 11399)
- Erhöhung der Kosten der Sicherheitsmaßnahmen für den Gebührenrechner Oktoberfest (Refinanzierung durch Erhöhung der Umsatzpacht; BV Nr. 14-20/V 11548) +958 Tsd. €
- Erhöhung der Vertragszahlung an die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH mit +542 Tsd. € (BV Nr. 14-20/V 11907)

- Erhöhung der Zahlung aus dem Leistungsprogramm 2019 der MVG +9.800 Tsd. € (BV Nr. 14-20/V 11979)
- Ausgleich der Regionalbuslinien an die MVV GmbH +515 Tsd. € (BV Nr. 14-20/V 11979).

1.5 Budgetausweitungen durch bereits eingebrachte öffentliche Beschlüsse in der VV am 25.07.2018 zusammen mit dem Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019

- Weiterentwicklung des MVV-Gemeinschaftstarifs; Tarifstrukturreform (BV Nr. 14-20/V 12267)
Genehmigt wurde ein Budget von bis zu 17.044 Tsd. € für 2019 im Risikofall. Die erste Schätzung von 13.400 Tsd. € für den Haushalt 2019 wurde um 6.000 Tsd. € gekürzt und ein niedrigeres Planbudget von 7.400 Tsd. € veranschlagt. Wir möchten vorsorglich darauf hinweisen, dass bei Eintritt des Risikofalls ein höheres Budget innerhalb des vom Stadtrat genehmigten Finanzrahmens benötigt werden könnte.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 1** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Zusatzaufgaben Linienverkehr und Infrastruktur (BV Nr. 14-20/V 11979)
Genehmigt wurde vom Stadtrat ein Budget von bis zu 41.858 Tsd. € in 2019 für den Haushalt des Baureferates. Der für die Zusatzaufgaben Linienverkehr und Infrastruktur benötigte Ansatz wurde zwar mit 6.953 Tsd. € im Eckdatenbeschluss erhöht, aber insgesamt steht für 2019 noch ein niedrigeres Planbudget (36.928 Tsd. €) zur Verfügung. Wir möchten vorsorglich darauf hinweisen, dass bei Eintritt des vollständigen Mittelabrufs durch die SWM ein höheres Budget innerhalb des vom Stadtrat genehmigten Finanzrahmens benötigt werden könnte.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Baureferat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 27** der geplanten Beschlüsse des Referats.

1.6 Budgetausweitungen durch geplante öffentliche Beschlüsse nach dem Eckdatenbeschluss in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 16.10.2018 für den Haushalt 2019

Im Eckdatenbeschluss 2019 enthalten und für die Sitzung des Fachausschusses am 16.10.2018 angemeldet sind die nachstehenden Beschlüsse:

- Zwischennutzung der Lamento-Fläche im Kreativquartier durch die MGH (BV Nr. 14-20/V 12290)
Realisierung einer Zwischennutzung zur Bereitstellung von Flächen für künstlerische, kulturelle, kultur- und kreativwirtschaftliche Nutzungen und Vermeidung von Leerstand für einen voraussichtlichen vierjährigen Zeitraum durch die MGH Mü. Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH gem. Beschluss des Stadtrates vom 21.02.2018. Da die Anlage aufgrund der begrenzten Nutzungsdauer nicht wirtschaftlich betrieben werden kann, ist es erforderlich, aus dem städt. Haushalt einmalig ein Defizit von 900 Tsd. € in 2019 auszugleichen.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 2** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Datenschutzreform 2018
Hierzu erfolgt keine Beschlussfassung, entsprechend den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 3** der geplanten Beschlüsse des Referats (Stellenausweitung wurde nicht genehmigt).
- Gesamtstrategie „Internationale Zusammenarbeit der LHM“ (BV Nr. 14-20/V 12572)
Das RAW wurde in 2015 vom Stadtrat beauftragt, ein Konzept zur Gesamtstrategie „Internationale Zusammenarbeit der LHM“ zu entwickeln. Die Umsetzung von Ergebnissen aus den Sitzungen der Stadtratskommissionen für „Europa“ und „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ erfordert ein zusätzliches Sachmittelbudget von 48 Tsd. € jährlich.
Die beantragte Ausweitung wurde um die Arbeitsplatzkosten von 3 Tsd. € reduziert, da die Stellen nicht genehmigt wurden und entspricht somit den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 4** der geplanten Beschlüsse des Referats.
- Teamassistenz FB Europa
Hierzu erfolgt keine Beschlussfassung, entsprechend den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 5** der geplanten Beschlüsse des Referats (Stellenausweitung wurde nicht genehmigt).

- Schaffung von dauerhaften Stellenhüllen für die drittmittelfinanzierte Stellenbesetzung zur Durchführung von EU-Projekten (100 % Refinanzierung liegt vor; BV Nr. 14-20/V 12571)

Gem. Stadtratsauftrag ist es Ziel, zur Finanzierung von städtischen Projekten verstärkt EU-Fördermittel einzusetzen. Dieses Potential kann mit dem vorhandenen Personal derzeit noch nicht vollständig ausgeschöpft werden. Hierfür werden zusätzliche Personalressourcen und Know-How für das Projektmanagement benötigt. Es sollen deshalb dauerhaft 2,0 VZÄ für diese Aufgabenausweitung geschaffen werden, die bei Bedarf eingesetzt werden können. Es erfolgt eine vollständige Refinanzierung dieser Kosten durch die Mittelgeber (z.B. EU-Kommission; 166 Tsd. €).

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 6** der geplanten Beschlüsse des Referats.

In der Anlage wird für die Personalkosten ein geringerer Betrag aufgezeigt (Nr. 6), 60.000 € für zwei Stellen, da das POR einen anderen Berechnungsschlüssel als die Jahresmittelbeträge zugrunde gelegt hat.

- Kampagne München digital (BV Nr. 14-20/V 12739)

Zur Durchführung der befristeten Kampagne München digital als weiteren Baustein zum Erhalt der Wettbewerbsposition und Zukunftsfähigkeit von Wirtschaftsstandorten mit der Positionierung im vom Stadtrat beschlossenen Themenfeld Digitalisierung werden weitere finanzielle Ressourcen benötigt. Die Beauftragung einer externen Agentur macht die Genehmigung von insg. 500 Tsd. € an zusätzlichem Budget erforderlich.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 7** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Münchner Modepreis, nachhaltige Unterstützung des Münchner Modedesignnachwuchses und Sichtbarmachung des Modestandortes München (BV Nr. 14-20/V 12109)

Der zunächst auf 3 Jahre befristet organisierte Münchner Modepreis einschl. Publikumspreis soll dauerhaft fortgeführt werden und die zur Umsetzung der Aufgabe erforderliche genehmigte halbe Stelle von 0,5 VZÄ entfristet werden.

Darüber hinaus soll das bisherige befristete Sachmittelbudget auf dauerhaft 100 Tsd. € jährlich angehoben werden (Erhöhung um 9 Tsd. €).

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 8** der geplanten Beschlüsse des Referats.

In der Anlage wird für die Personalkosten ein geringerer Betrag aufgezeigt (Nr. 8),

15.000 € für die halbe Stelle, da das POR einen anderen Berechnungsschlüssel als die Jahresmittelbeträge zugrunde gelegt hat.

- Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz (IHKM; BV Nr. 14-20/V 11745); vgl. Nr. 1.8

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 9** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Weiterentwicklung des Standortmarketings und internationale Wirtschaftsbeziehungen der LHM auf europäischer wie internationaler Ebene (BV Nr. 14-20/V 12672)

Das RAW wurde durch mehrere Stadtratsaufträge beauftragt, eine Gesamtstrategie zur Internationalen Zusammenarbeit für die Wirtschaftsförderung auszuarbeiten. Zur Weiterentwicklung des Standortmarketings und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie zur Weiterentwicklung der internationalen Aktivitäten für Wirtschaftsbetriebe werden einmalige Sachmittel von 20.000 € für eine externe Beratung erforderlich.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 10** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Mehr Freiräume für Kultur- und Kreativwirtschaft; vgl. Ziff. 1.10

Verschobene Beschlussfassung. Die dann gefertigte Beschlussvorlage wird entsprechend den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 lauten; siehe **Nr. 11** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Neues Kassensystem für die Tourist-Informationen am Hauptbahnhof und Marienplatz zur Abwicklung der Barverkäufe; Anmietung (BV Nr. 14-20/V 12438)

vgl. Bekanntgabe über nichtöffentliche Beschlussvorlagen für den AfAW am 16.10.2018, Nr. 2

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 12** der geplanten Beschlüsse des Referats.

- Innovative und CO2-arme Fernkälteversorgung für das Münchner Innenstadtquartier (investiv); BV Nr. 14-20/V 11924
Um einen weiteren Beitrag zu den Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten der Landeshauptstadt München zu leisten, soll die Fernkälteversorgung für das Großmarkthallenquartier, die Produktion der Kälte CO2-armen Fernkälteversorgung am Kraftwerkstandort Süd sowie die Klimakälte/Industriekälte über getrennte Erzeugungs- und Leitungssysteme umgesetzt werden. Diese technische Umsetzung erfordert einen finanziellen Mehraufwand von insgesamt ca. 1.312 Tsd. € als städt. Finanzierungsanteil (40 %).
Das Projekt verursacht einmalige Kosten in Höhe von 3,28 Mio. € ;davon erfolgt eine Refinanzierung durch Einnahmen aus EU-Mitteln und Mitteln des Freistaats Bayern von 60 %. Für den Haushalt 2019 fällt ein Betrag von 984 Tsd. € an.
Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 13** der geplanten Beschlüsse des Referats.
- Erhöhung des jährlichen Investitionszuschusses an die Münchner Arbeit gGmbH (investiv); BV Nr. 14-20/V 11948
Um die veraltete IT-Infrastruktur bei der o.g. Gesellschaft in den kommenden Jahren kontinuierlich ersetzen zu können und die Serverlandschaft auf einen zeitgemässen Sicherheitsstandard zu bringen, ist eine dauerhafte Erhöhung des bisherigen investiven Zuschusses auf 35 Tsd. € ab 2019 erforderlich (bislang 26 Tsd. €) .
Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 14** der geplanten Beschlüsse des Referats.
- Neubau Parkhaus Carl-Wery-Straße, Neuperlach Süd (investiv); BV Nr. 14-20/V 12646
Gem. vom Stadtrat in 2016 beschlossenen strukturellem Umsetzungskonzept für die Verwirklichung verkehrlicher Maßnahmen unter Verwendung von Stellplatzablösemitteln sollen die Stadtwerke München GmbH ein Parkhaus in Neuperlach Süd bauen (Ersatzbau). Diese P+R-Anlage soll den Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung des ÖPNV erleichtern. Für den Bau sollen Fördermittel von Bund und Land und Drittmittel aus der Stellplatzablöse zur Refinanzierung verwendet werden. Als erste Prognose wurden im Eckdatenbeschluss 10.000 Tsd. € aufgezeigt.

Die beantragte Ausweitung weicht von den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft für den Haushalt 2019 ab, weil neue Kostenprognosen eine Erhöhung des anzumeldenden Betrags erfordern; siehe **Nr. 15** der Liste der geplanten Beschlüsse des Referats. Die zusätzlich erforderlichen Mittel i.H.v. 9.758 Tsd. € (Ansatz insg. 19.758 Tsd. €) werden durch die zweckgebundenen Einnahmen aus der Stellplatzablöse finanziert. Für den Haushalt 2019 fällt ein Betrag in Höhe von 4.100 Tsd. € an.

1.7 Budgetausweitungen durch geplante Beschlüsse nach dem Eckdatenbeschluss in der Gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft und des Planungsausschusses am 16.10.2018 (BV Nr. 14-20/V 02731)

Die Fortschreibung und Finanzierung einer neuen zusätzlichen Stelle im Planungsreferat für das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm GEWI wird beantragt.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 15** der geplanten Beschlüsse des Referates für Stadtplanung und Bauordnung.

1.8 Budgetausweitungen durch geplante Beschlüsse nach dem Eckdatenbeschluss in der Sitzung der Vollversammlung (Teil A) am 24.10.2018

Im Rahmen der für das IHKM 2019-2021 geplanten Klimaschutzmaßnahmen (Federführung RGU, Nr. 14-20/V 11745) sollen die nachstehenden Maßnahmen vom Referat für Arbeit und Wirtschaft mit einem Sachmittelbudget von 440 Tsd. € durchgeführt werden. Es handelt sich um die Klimaschutzmaßnahmen:

Klimapakt Münchner Wirtschaft, Gewerbegebietsmanagement, Beratungs- und Investitionszuschüsse KMU, Modellprojekte Klimaschutz, Energieeffizienzinitiativen im Gewerbe, Förderprogramm Planung und Sanierung, Weiterführung und Intensivierung Ökoprotit und Bewerbung der Förderprogramme.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 9** der geplanten Beschlüsse des Referats.

1.9 Neue eilige Finanzierungsbeschlüsse, die bislang nicht im Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 erfasst waren

Die Begründungen für die Eilbedürftigkeit, Unabweisbarkeit und Unplanbarkeit werden in den jeweiligen Beschlussvorlagen dargestellt.

- Olympiapark München GmbH; Stadionsanierung (Nr. 14-20/V 12414, Sitzung des AfAW am 25.09.2018)

Für die Generalsanierung des Olympiastadions wird ein Budget von 106.000 Tsd. € im Zeitraum 2019-2026 beantragt. Darüber hinaus wird für die jährlichen Pachtzahlungen der LHM für die OMG ein Budget von 116.400 Tsd. € im Zeitraum 2019 – 2023 benötigt (die Pachtzahlungen sind bereits im Haushalt veranschlagt und werden nach Bedarf erhöht). Für den Haushalt 2019 fällt ein Betrag von 1.800 Tsd. € für die Stadionsanierung an.

Die Sanierung des Olympiastadions und die Erhöhung bei den jährlichen Pachtzahlungen waren nicht im Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 enthalten, da sich der Aufsichtsrat der Olympiapark München GmbH erst am 29.06.2018 mit der Stadionsanierung befasst hat.

Die anstehende Sanierung war bereits in der gesamtstädtischen Stadtratsvorlage zu den „Größeren Investitionsvorhaben in kommenden Jahren“ enthalten.

- Weiterführung der Beschleunigung der Lichtzeichenanlagen für Buslinien ab 2019 ff. (Nr. 14-20/ V 12596; Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft, Planungs-, Kreisverwaltungs- und Bauausschusses vorauss. Mitte Oktober)
Es handelt sich um einen Teil des Maßnahmenkatalogs für den „Ausbau der ÖPNV-Beschleunigung“ mit der Entfristung von 3 Stellen gem. Eckdatenbeschluss vom 25.07.2018 angemeldet für den Haushalt des BauR und des KVR.

Nicht enthalten im Eckdatenbeschluss waren die zusätzlich benötigten konsumtiven Sachkosten von 150 Tsd. € dauerhaft ab 2019 ff. für Optimierungsmaßnahmen an bereits beschleunigten Lichtzeichenanlagen und die zusätzlichen Investitionskosten von 17,5 Mio. € (2019-2022) für Projektkosten an Lichtzeichenanlagen zur Busbeschleunigung. Für den Haushalt 2019 fällt ein Betrag von 1.876 Tsd. € an.

Diese Maßnahmen waren im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 nicht enthalten, weil die Kosten zum damaligen Zeitpunkt nicht vorhersehbar waren.

- Maßnahmen zur Beschleunigung und Verbesserung der Zuverlässigkeit des Buslinienverkehrs (Nr. 14-20/V 12597; Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft, des Bauausschusses und des Kreisverwaltungsausschusses vorauss. Mitte Oktober)
Diese Maßnahmen in Höhe von 3.200 Tsd. € brutto (2019-2020) für den Buslinienverkehr waren im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019 nicht enthalten, weil die Durchführung der Maßnahmen und damit die Kosten zum damaligen Zeitpunkt nicht vorhersehbar waren.
Für den Haushalt 2019 fällt ein Betrag von 2.400 Tsd. € an.

1.10 Vershobene Beschlussfassung

Im Eckdatenbeschluss wurde unter der Anmeldung „Mehr Freiräume für Kultur- und Kreativwirtschaft“ ein Sachmittelbudget von 50 Tsd. € jährlich zusätzlich ab 2019 ff. genehmigt. Ziel ist es, noch mehr Objekte, bei denen es vorübergehend zu einem Leerstand kommt, für Kreativschaffende in München kurzfristig nutzbar zu machen.

Die Beschlussgestaltung ist eng mit den noch zu erarbeitenden Inhalten des Stadtratsantrags Nr. 14-20/A 03836 der SPD-Fraktion vom 20.02.2018 verknüpft. Da

die Nutzungskonzepte noch nicht entscheidungsreif sind, wird vom Referat für Arbeit und Wirtschaft in 2018 noch keine Beschlussvorlage für diese Finanzierung eingebracht. Die aus dem Eckdatenbeschluss 2019 auszuarbeitende Beschlussvorlage wird dem Stadtrat ausnahmsweise erst im 1. Halbjahr 2019 zur Entscheidung vorgelegt. Die zu einem späteren Zeitpunkt beantragte Ausweitung entspricht dann den Festlegungen für das Referat für Arbeit und Wirtschaft im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe **Nr. 11** der geplanten Beschlüsse des Referats.

Die Bekanntgabe ist mit der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Richard Quaas, und die Verwaltungsbeirätin für Europa, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, der Verwaltungsbeirat für die Wirtschaftsförderung, Herr Stadtrat Mario Schmidbauer, die Verwaltungsbeirätin für Kommunale Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik, Frau Stadträtin Simone Burger, die Verwaltungsbeirätin für den Tourismus, Frau Stadträtin Gabriele Neff, der Verwaltungsbeirat für das Beteiligungsmanagement, Herr Stadtrat Horst Lischka und der Verwaltungsbeirat für die Veranstaltungen, Herr Stadtrat Manuel Pretzl haben jeweils einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z.K.

IV. Wv. RAW – GL 2

zur weiteren Veranlassung.

Zu IV.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das RAW-GL 2

An die Stadtkämmerei – HA II

An das Personal- und Organisationsreferat

z.K.

Am